

## 6. Keine Einreisequarantäne bei negativem SARS-CoV-2-Test

Postulat Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), Angie Romero (FDP, Zürich) vom 31. August 2020

KR-Nr. 316/2020, Antrag auf Dringlichkeit

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

*Marc Bourgeois (FDP, Zürich):* Die Uhr für den Tourismussektor in unserem Kanton tickt, er steht vor dem Ruin. Daneben wird aber auch die ganze Wirtschaft von der Einreisequarantäne getroffen. Im Moment sind Reisen in die Schweiz, auch Rückreisen, ein Privileg für eine ganz kleine Minderheit. Wer kann sich schon mal schnell zehn Tage Quarantäne leisten? Und wir alle wissen, dass sich die schwarze Liste zwischen Buchungsdatum und Reisedatum unvorhersehbar ändern kann. Der Bundesrat hat es auch erkannt. Die am Freitag vorgestellte Lösung geht in die richtige Richtung, aber sie bringt Touristen und Geschäftsreisenden aus dem Ausland nichts, diese werden weiterhin fernbleiben. Die Einreisequarantäne wirkt wie eine Streubombe: 1 Prozent Wirkung und 99 Prozent Kollateralschaden. Momentan sind im Kanton Zürich rund 1000 Personen in Quarantäne, weil sie tatsächlich direkten Kontakt mit Infizierten hatten, und zugleich 2000 Personen in Einreisequarantäne, nur, weil sie in einem Land waren, das vielleicht 150 Fälle pro 100'000 Einwohner aufweist.

Wir fordern deshalb, dass der Regierungsrat ein Signal nach Bern sendet. Die immer besser werdenden Corona-Tests sollen zur Beseitigung oder zumindest zur Reduktion der Einreisequarantäne eingesetzt werden, so wie dies andere Länder auch tun. Dass das Anliegen dringlich ist, ist offensichtlich. In der Sonntagspresse hat denn auch eine Allianz von 20 grossen Tourismusverbänden exakt das gefordert, was wir in unserem Postulat schreiben. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die vorgeschlagene Lösung haarscharf die richtige ist. Darum geht es aber nicht. Wir bilden uns nicht ein, dass der Bundesrat unsere Lösung eins zu eins umsetzen wird. Uns geht es darum, ein starkes Signal zu senden. Die im Tourismus-Sektor Beschäftigten, aber auch die übrige Wirtschaft danken Ihnen für die Unterstützung der Dringlichkeit.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Es ist für mich persönlich ein schwerer Gang, als Angestellter der Flughafen Zürich AG mit einem Wirtschaftsmotor, dem Flughafen, der fast im Leerlauf dreht, die Auswirkungen sind im ganzen Kanton Zürich spürbar. Wir müssen wieder in die Gänge kommen. Dieses Postulat erzielt eine Signalwirkung, wenn es dringlich erklärt wird. Die Zuständigkeit liegt ausschliesslich beim Bund. Das BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) hält klar fest: Ein negativer Test entbindet nicht von der Einreisequarantäne und reduziert auch nicht die Dauer. Ein Test ist eine Momentaufnahme. Da das Covid-19-Virus nicht einfach berechenbar ist und ein eindeutiges Schema hat, ist es schwer zuzuordnen,

und die Aussagekraft des Tests ist ausschliesslich auf den Zeitpunkt des Tests wirksam. Verschiedene Länder prüfen jetzt, ob zwei Tests innert 72 Stunden eine verlässlichere Aussage ergeben.

Ja, ein dringliches Postulat hat Signalwirkung, das ist aber auch schon alles. Das Postulat ist ordnungspolitisch schwierig einzuordnen, wenn nicht falsch. Die SVP-Fraktion hätte einem SVP-Postulat in dieser Form nie zugestimmt und mindestens drei Wochen für Anpassungen sprachlicher Art gebraucht. Die SVP-Fraktion setzt auf den laufenden Austausch mit ihren Regierungsräten und Nationalräten und auf Taten statt Berichte. Wir werden aber die Dringlichkeit unterstützen.

*Gabriel Mäder (GLP, Adliswil):* Dass wir uns mit dem Nutzen und der Wirksamkeit der Quarantäne hier im Rat intensiv auseinandersetzen sollten, ist für die GLP unbestritten; aber nicht nur, weil es negative Auswirkungen für den Reiseverkehr und den Flughafen hat, sondern weil die Verordnung einer Quarantäne – neben den Folgen für alle Wirtschaftszweige im Kanton – ein einschneidender Eingriff in die Rechte eines jeden Einzelnen ist und massive Konsequenzen für jeden Betroffenen und dessen Familie hat. Eine Quarantäne in jeder Form und nicht nur bei der Einreise, ist deshalb als Ultima Ratio zu verstehen und mit Zurückhaltung einzusetzen und regelmässig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Der vorliegende Vorstoss möchte bei der Einreise ganz auf die Quarantäne verzichten und sich dazu auf bis zu 48 Stunden alte Tests setzen und so tun, als ob in den zwei Tagen vor der Einreise keine Ansteckung stattfinden könnte. Der Bund schreibt dazu in den Erläuterungen zur Einreisequarantäne, dass selbst ein negativer Test bei der Einreise nicht ausreicht, um die Quarantäne zu vermeiden, da die Person dennoch infiziert sein könnte. In Deutschland, das die 48-Stunden-Regel am 8. August eingeführt hat, wurde vor wenigen Tagen entschieden, diese 48-Stunden-Regel per 1. Oktober wieder aufzuheben und eine Mindestquarantänedauer einzuführen. Weshalb wir eine längst überholte Regel einführen sollten, erschliesst sich uns nicht. Über eine generelle Verkürzung der Quarantänefrist, der normalen als auch der Einreisequarantäne, nachzudenken, halten wir aber für angebracht und werden dazu einen eigenen Vorstoss einreichen. Für ein Postulat, das nur weiter Administration generiert und zu einem Vollzugschaos führen würde, wenn es die nachgereichten ausländischen Testergebnisse zu prüfen gilt, sehen wir keine Notwendigkeit und keine Dringlichkeit und werden den Antrag deshalb nicht unterstützen. Besten Dank.

*Thomas Marthaler (SP, Zürich):* Es ist jetzt schwierig, nach diesem Votum des GLP-Vertreterers, das die Situation sehr treffend geschildert hat, noch etwas zu sagen. Wir lehnen die Dringlichkeit ab, weil es ein typischer Politaktivismus des Freisinns darstellt. Die Kompetenzordnung sieht vor, dass solche Anordnungen vom Regierungsrat getroffen werden, im Austausch mit dem BAG. Das ist der richtige Weg und wir müssen nicht auf Aktivismus machen, wir haben genügend andere Geschäfte auf der Traktandenliste. Lehnen sie die Dringlichkeit bitte ab. Vielen Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Seit dieses Parlament am 30. März im Lockdown wieder zusammengekommen ist, sind 58 Vorstösse betreffend Corona eingereicht worden. 58 Corona-Vorstösse seit dem 30. März, und nach der heutigen Ratssitzung wird bestimmt die 60er-Marke geknackt sein. Man kann also getrost von einer neuen Vorstossgattung reden, dem Corona-Vorstoss. Die Grünen haben nur einen dieser 58 Vorstösse eingereicht und wir kennen sie langsam, diese Vorstösse: Den einen sind die Massnahmen zu large, den anderen zu streng, den Dritten geht es nicht schnell genug und die Vierten wollen irgendwie für eine Interessengruppe etwas herausholen. Jetzt aber erreicht uns mit dem FDP-Strauss an Corona-Vorstössen ein ganz neues Phänomen, nämlich die Corona-Massnahme à la Carte. Wir sollen zum Beispiel die Bewilligungen für Heizpilze für alle lockern, weil die Wirte unter Corona leiden; nicht nur die Wirte selbstverständlich. Oder wir sollen, wie im vorliegenden Postulat, die Ausreisebestimmungen aus den Risikoländern lockern, weil darunter die Flugbranche leidet. Das nenne ich «Corona-Massnahme à la Carte». Warum leidet die Flugbranche unter der Corona-Krise? Weil das Flugzeug, global gesehen, eines der Hauptverbreitungsmittel des Corona-Virus ist. Und jetzt sollen wir genau für dieses Hauptverbreitungsmittel wieder Lockerungen einführen? Das ist für uns Grüne völlig unverständlich, vor allem, wenn man die im Postulat verlangten Ausnahmeregelungen betrachtet, die sind nämlich ziemlich willkürlich. Warum soll es jetzt gerade ein 48 Stunden alter negativer Corona-Test sein, der einen von der Quarantänepflicht befreit, warum nicht 46 Stunden oder 72? Das kann man vielleicht auch auswürfeln. Damit ein Test übrigens überhaupt anzeigen kann, muss die Ansteckung mindestens fünf Tage zurückliegen, mit Betonung auf «mindestens». Und Sie wollen ja nicht etwa sagen, geschätzter Marc Bourgeois, dass das Virus sich im Körper von Ausreisenden schneller ausbreitet als in den andern ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Josef Widler (CVP, Zürich):* Die Führung in dieser Corona-Situation ist schwierig. Da ist zum einen die Angst, die grassiert, immer wieder. Schauen Sie nur die Schnupfen-Kinder in der Kita (*Kindertagesstätten*), die ein Problem sein sollen. Da sind auf der anderen Seite die Verbände, da sind die Arbeitgeber, Arbeitnehmer. Alle fordern, dass es jetzt nach ihren Interessen weitergeht. Zu allem Überfluss ist die Wissenschaft zurzeit noch nicht schlüssig in der Lage, zu beurteilen, was zum Beispiel das Tracing bringt. Wir wissen nicht genau, was die Quarantänemassnahmen bringen. Wir wissen nicht genau, was in der Schweiz das Einhalten der Sicherheitsvorschriften gebracht hat. Wir wissen sehr wenig. Wir sind also gefordert, Daten zu sammeln und diese auszuwerten. Ein Postulat, wie es hier gestellt ist, trägt nichts zur Lösung des Problems bei, sondern schürt nur wieder den Kampf zwischen solchen, die meinen, die Wirtschaft hätte die Nase vorn, und denen, die Angst haben.

Die Dringlichkeit lehnen wir ab, das Postulat ist ein untaugliches Mittel, in dieser Situation zu führen. Tun Sie es auch so, lehnen Sie dieses Postulat ab.

*Tobias Mani (EVP, Wädenswil):* Wir sprechen heute nur über die Dringlichkeit und maximal zwei Minuten pro Redner. Ja, wir haben ein Problem und die Einreisequarantäne hat natürlich riesengrosse Auswirkungen, insbesondere auf die Wirtschaft. Wir sind froh und dankbar, dass der Vollzug dank dem engagierten Einsatz der Kantonspolizei jetzt soweit gut funktioniert. Ja, es braucht eine rechte Portion Mut und Zuversicht, um Reisen zu buchen, sei es in die Schweiz oder von der Schweiz ins Ausland. Das Damoklesschwert der Einreisequarantäne schwebt immer über den Reisenden. Wir sind gespannt auf die Stellungnahme des Regierungsrates und werden erst anschliessend inhaltlich unsere Position beziehen. Die Dringlichkeit unterstützen wir als EVP-Fraktion. Wir sind aber auch der Meinung: Ein Regime, das nun soweit funktioniert, sollte nicht vorschnell geändert werden, es braucht auch eine gewisse Konstanz auch in einer Krise, und es ist natürlich schon fraglich, welche ausländischen Bescheinigungen dann auch wirklich unseren Ansprüchen genügen und welche nicht. Das Ganze auseinanderzunehmen, dafür genügen zwei Minuten nicht, zudem ist es ein Thema, das primär beim Bund angesiedelt ist, es ist internationaler Natur. Zusammengefasst: Als EVP unterstützen wir die Dringlichkeit und werden uns nach der Positionierung des Regierungsrates dann inhaltlich und definitiv positionieren.

*Kaspar Bütikofer (AL, Zürich):* Die Alternative Liste wird diese Dringlichkeit ablehnen. Die Quarantänemassnahmen sind nicht lustig – ich glaube, das ist klar – und die Ferien stehen vor der Tür. Es wird also sehr unangenehm werden. Interessant ist, dass mit dem Corona-Virus auch viele unentdeckte Talente auftauchen: Plötzlich gibt es viele Expertinnen und Experten zur Bekämpfung des Corona-Virus, und in der FDP-Fraktion scheint die Dichte an Virologen und Epidemiologen sehr hoch zu sein. Zur Dringlichkeit: Was auffällt, ist, wie dringlich der Bund letzten Freitag die Verordnung über die Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus im Bereich des internationalen Personenverkehrs publizierte. Das war wirklich sehr dringlich, denn nächste Woche beginnen in der Deutschschweiz die Herbstferien. Zürich ist da etwas hintendrin, unsere Herbstferien sind erst in drei Wochen. Es gibt keinen Grund für diese Dringlichkeit. Es ist klar, dass über Quarantänemassnahmen nachgedacht werden muss, aber die AL lehnt die Dringlichkeit ab. Besten Dank.

*Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen):* Wenn wir Corona ohne grosse wirtschaftliche Kollateralschäden überstehen wollen, erfordert dies rasches, gezieltes und verhältnismässiges Handeln. Flächendeckende starre Einreisequarantänen erfüllen diese Kriterien nicht. Das dämmert mittlerweile sogar Bundesbern und seine Experten sehen durchaus Flexibilisierungsmöglichkeiten. Die Dringlichkeit wird durch die mit unserem Postulat praktisch identischen Forderungen von 20 namhaften Tourismusverbänden unterstrichen. Wir wollen mit diesem Vorstoss ein klares Zeichen nach Bern senden, dass wir hier rasch Lösungen erwarten. Und was machen Sie? Sie mäkeln an Details herum und tun so, als hätten wir alle Zeit der Welt. Gut, bei Links-Grün erstaunt uns das nicht, wirtschaftspolitische Anlie-

gen hatten bei Ihnen noch nie Priorität. Für die SVP-Argumente haben wir Verständnis, auch wir wollen nicht zwingend einen Bericht. Wenn die Botschaft vom Regierungsrat wirkungsvoll nach Bern getragen wird, sind wir auch bereit, das Postulat zurückzuziehen. Ganz erstaunlich hingegen finden wir die Haltung der GLP. Noch vor wenigen Wochen haben Sie in zwei Fraktionserklärungen vollmundig und subito Schnelltests in Apotheken gefordert, um Reisetätigkeit und Wirtschaft nicht unnötig zu behindern. Und jetzt unterstützen Sie weder Vorstoss noch Dringlichkeit? Nein, Sie wollen sogar noch mit einem eigenen Vorstoss nachbessern, und dies, obwohl Sie wissen, dass die Regierung eigentlich nur unsere Forderungen nach Bern tragen kann. Sorry, liebe Kollegen der GLP, aber das ist schlicht absurd. Und hier ist offensichtlich die Profilneurose einer Fraktion grösser als der Wunsch, wirklich Arbeitsplätze zu retten.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Gemäss Paragraf 55 Kantonsratsgesetz braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 316/2020 stimmen 66 Ratsmitglieder.** Die Dringlicherklärung ist somit zustande gekommen. Der Regierungsrat hat zum dringlichen Postulat innert fünf Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.